

Bilder als Botschaften
sorgten für Aufklärung
und Verwirrung

Die Wahlen im Wechselspiel des Fernsehens

Dieter Stolte

Keine Wahl ist wie die andere. Für die Bundestagswahl am 18. September 2005 galt das in einem besonderen Maße. Das betrifft zunächst den außerturnusmäßigen Termin; dann die ungewöhnliche Art und Weise, wie er durch die Erklärung des Bundeskanzlers am Wahlabend des 22. Mai in Nordrhein-Westfalen eingeleitet wurde; ferner die bemerkenswerte Übereinstimmung in der politischen Lagebeurteilung zwischen den drei Verfassungsorganen (Bundeskanzler, Bundestag und Bundespräsident) und schließlich den beachtlichen Beurteilungskredit, den das Bundesverfassungsgericht in der Frage der politischen Bewertung der Lage zunächst dem Bundeskanzler und nach dem Klageverfahren in Karlsruhe auch dem Bundespräsidenten eingeräumt hat. So viel Übereinstimmung war selten in einer zentralen politischen Frage der Republik!

Sie ergab sich weniger aus einem leidenschaftlichen Bekenntnis zu den rechtsstaatlichen Grundlagen des Grundgesetzes, sondern aus der Einsicht, dass Deutschland damit in einer prekären Situation am besten geholfen werden kann. Es wäre reizvoll, sich die unterschiedlichen Debattenverläufe und Abstimmungsergebnisse vorzustellen, die sich aus dem Rücktritt des Bundeskanzlers, statt eines Misstrauensvotums des Deutschen Bundestages gegenüber dem Kanzler, ergeben hätten. Großer Zeitverlust, Zufallskoalitionen bei der Wahl eines neuen Kanzlers (der gewiss nicht Schröder, aber vielleicht auch nicht Merkel ge-

heißen hätte), viele Rankünsten und persönliche Verletzungen wären die Folge gewesen.

Der eingeschlagene Weg, zu Neuwahlen zu kommen, hat Zeit gespart und der Politikverdrossenheit in der Bevölkerung entgegengewirkt. Denn auch die Wähler wollten diese Wahl; sie wollten mitbestimmen, wie es in Deutschland weitergehen soll. Alle wussten, worauf es jetzt ankam: die Parteien, die eine Richtungsscheidung anstrebten, die Medien, die die Aufgabe hatten, diese den Wählern zu erklären.

Fernsehen als Forum

An diesem Punkt setzte das Fernsehen an. Der Forums-Gedanke verpflichtete ARD und ZDF, den Parteien die Möglichkeit zu geben, ihre unterschiedlichen Konzepte zur Lösung der Probleme darzustellen: Abbau der Arbeitslosigkeit, Reduzierung des Haushaltsdefizites, Sicherung der Altersrente, Stabilisierung der Gesundheitskosten, Ausbau von Bildung und Forschung, Schaffung von mehr Wachstum.

Nach anfänglich oberflächlichem Geplänkel über falsche Wortwahl (Schönböhm), Pauschalkritik an Unternehmern (Müntefering), Diffamierung des politischen Gegners (Stiegler), Kränkung ostdeutscher Wähler (Stoiber) und die schweißtreibenden Folgen eines heißen Sommers an der Abendgarderobe der Kanzlerkandidatin – wandte sich mit der „Berliner Runde“ am 25. August 2005 im ZDF der Wahlkampf dem konkreten Austausch von Positionen und Argumenten

zu. Insbesondere Merkel, Stoiber und Clement zeigten sich dabei gut informiert, und eine angriffslustige Angela Merkel kreuzte mit einem schon abgeklärt wirkenden Wolfgang Clement die Klingen. Guido Westerwelle wirkte dagegen unprofiliert, Joschka Fischer abgeschlafft, beide am Rande des Geschehens stehend. Im Fernsehen ist immer das Bild die Botschaft, nicht das Wort, das auch weiterhin die Domäne der Printmedien blieb, wie die Streitgespräche zwischen Hans Eichel und Paul Kirchhof (*Focus* vom 29. August 2005) sowie Edmund Stoiber und Oskar Lafontaine (*Spiegel* vom 29. August 2005) zeigten. Hier wurde nachprüfbar argumentiert. Beides sind bleibende Dokumente der Zeitgeschichte.

Das Kanzler-Duell

Mit dem Kanzler-Duell am 4. September 2005 veränderte sich die Qualität der Auseinandersetzung; sie verengte sich auf die beiden Spitzenkandidaten. In der Bundestagsdebatte vom 7. September, der letzten der laufenden Legislaturperiode, führte dies zu einem Schlagabtausch, in dem sich beide Seiten unversöhnlich gegenüberstanden. Die Bilder des Fernsehens vermittelten eine kraftvolle Kanzlerkandidatin und einen kämpferischen Kanzler. Mitunter schien es, als hätten sie ihre Rollen schon getauscht: der Kanzler in Oppositionsrhetorik, die Herausforderin in regierungsverantwortlicher Argumentationsposition. Es wurde klar, zwischen diesen beiden Politikern wird sich die Wahl entscheiden.

Die Tatsache, dass die vier großen Sender (ARD, ZDF, RTL, SAT.1) das Kanzler-Duell live und zeitgleich übertrugen, umgab den Vorgang – wie ZDF-Chefredakteur Nikolaus Breder zu Recht bemerkte – mit einem Hauch von Nord-Korea. So viel Einheitsfernsehen war noch nie. Es ist daher auch nicht überraschend, dass die vier Übertragungen 20,97 Millionen Zu-

schauer erreichten, einen Wert, der sonst nur bei Fußballweltmeisterschaftsspielen erzielt wird. Die Menge ist das eine. Aber wem hat sie was gebracht? Vor allem wohl dies: Es wurde eine politische Debattenkultur gezeigt, die dem Zuschauer den Ernst der Lage verdeutlichte. Zwei Kandidaten, zwei unterschiedliche Programme, zwei klar erkennbare Politikstile. Das schafft Transparenz und zwingt zur Entscheidung. Hinzu kommt, dass keiner der Kandidaten als eindeutiger Sieger aus dem Duell hervorging. Angela Merkel hat deutlich gepunktet, war angriffslustig und souverän in den Fakten, kam so auf Augenhöhe mit dem Kanzler; und der wiederum konnte die seit dem SPD-Parteitag eingeschlagene Linie, Anhänger zu motivieren, erfolgreich fortsetzen und unentschiedene Wähler durch seinen Amtsbonus und eine süffisant zur Schau gestellte Überlegenheit imponieren. Ein Gestus zwar, aber nicht ohne Erfolg. Am 12. September 2005 setzte sich in der Sendung „Die Favoriten“ (Elefantenrunde) der Überheblichkeitsstil von Schröder/Fischer im engen Schulterschluss miteinander fort. Die Sendung war in der ARD mit 5,95 Millionen Zuschauern nach dem Kanzler-Duell die am höchsten eingeschaltete Sendung des Fernsehens.

Das Kanzler-Duell war das zweite Duell dieser Art in der deutschen Parteien- und Fernsehgeschichte. Es setzte die Entwicklung zu einer Kanzler-Demokratie fort, in der die kleinen Parteien (hier vor allem FDP und Grüne, in Zukunft vielleicht auch die PDS) nur noch die Rolle des Mehrheitsbeschaffers haben.

Das mag der politischen Wirklichkeit entsprechen, dem Geist der Verfassung entspricht es nicht, der die Abgeordneten zur Wahl in den Deutschen Bundestag aufruft. Wie sehr sich hier, nicht zuletzt durch die Omnipräsenz des Fernsehens, die Gewichte allmählich verschoben ha-

ben, hat bereits die Auflösung des Bundestages gezeigt. Auf den Kanzler kommt es an – nicht so sehr auf die Parteien und ihre Programme. Das Bild ist die Botschaft, und die Botschaft ist der Kandidat beziehungsweise die Kandidatin. Zu diesem Bild gehört, dass die Fernsehanstalten unmittelbar nach der Sendung durch Blitzumfragen unter den Zuschauern zu ermitteln versuchten, welcher der beiden Duellanten die bessere Performance hatte: Wer war glaubwürdiger? Wer überzeugender? Wer in Sachfragen kompetenter? Die eingebildeten Balkendiagramme hatten zwar einen Unterhaltungs-, aber nicht den ihnen beigemessenen Informationswert, da sie Veränderungen in den Einstellungsunterschieden (vorher/nachher) nicht deutlich machten. So wurde von Schröder ein Siegerbild in die Öffentlichkeit transportiert, dass Angela Merkels Fernsehauftritt nicht gerecht wurde. Es ist daher auch nicht überraschend, dass die anwesenden Journalisten überwiegend Angela Merkel als Siegerin sahen und nicht den amtierenden Kanzler. Bei ihren Bewertungen kamen neben der emotional optischen Wirkung auch professionelle Gesichtspunkte zur Geltung.

Die Stunde der Demoskopen

Die Tage nach diesem denkwürdigen Fernsehduell gehörten vor allem den demoskopischen Instituten: Laut einer TNS-Emnid-Umfrage erzielte die SPD unter 4058 Wahlberechtigten einen Zuwachs von 2 auf 32 Prozentpunkte, erreichte damit aber nur eine Umschichtung im linken Wählerpotenzial; CDU/CSU und FDP blieben mit 42 plus 7 Prozent stabil. Dieses Ergebnis zeigte, dass Fernsehduelle auch überschätzt werden können. Die Wählermeinung baut sich langfristig auf und ist in Grundsatzfragen stabil. Nur in der Gruppe der Unentschlossenen erfolgen Veränderungen. Sie wurde zur alles entscheidenden Größe in den letzten

vierzehn Tagen des Wahlkampfes. Schon einen Tag später konnte FORSA den Verlust der schwarz-gelben Mehrheit mitteilen, um kurz danach von Emnid und Almensbach wieder mit einem Patt zwischen Schwarz-Gelb und Rot-Rot-Grün mit 48,5 Prozent korrigiert zu werden.

Am Wahlabend stellte sich schließlich heraus, dass alle Institute mit ihren Prognosen falsch lagen: Nicht nur Rot-Grün hatte verloren, sondern auch Schwarz-Gelb. Die Gewinner waren die kleinen Parteien, die großen Parteien die Verlierer.

TV-Hearing

Das Fernsehen ging am Tag nach dem Fernsehduell wieder zu seinen bewährten Programmformaten über: das ZDF am Montag (5. September 2005) mit dem Hearing „Wahlforum 2005. Wirtschaft und Arbeit. Wer schafft neue Jobs?“, die ARD am Dienstag (6. September 2005) mit der Fragerunde „Wahl Check 05. Wer entrostet die Denkfabrik Deutschland?“. Die Einschaltungen mit 3,14 Millionen Zuschauern beim ZDF und mit 2,53 Millionen bei der ARD zeigten, dass weiterhin ein großes Interesse bei den Zuschauern bestand. Die plurale Zusammensetzung und Kompetenz der Teilnehmer beeindruckte zusätzlich. Hier entstand eine Transparenz des politischen Geschehens; die demokratische Willensbildung wurde damit gefördert. ARD und ZDF strahlten mehrere dieser Hearing-Formate aus.

In den Diskussionen war auffallend, dass sich die Politikerinnen (hier Edelgard Bulmahn, Annette Schavan, Cornelia Pieper, Katrin Göring-Eckardt) disziplinierter verhielten als ihre männlichen Kollegen (zum Beispiel Thomas Goppel). Sie hörten einander zu, fielen sich nicht gegenseitig ins Wort und verzichteten generell auf verunglimpfende Bemerkungen. Das gilt auch für andere Sendungen. Die Überraschung des Abends war der WDR-Journalist Frank Plasberg (bekannt

als Moderator von „Hart, aber fair“), der die Sendung souverän, schlagfertig und witzig moderierte. Bettina Schauben und Steffen Seibert wirkten gewohnt sachkundig und erfahren; ein eingespieltes Team.

Dennoch stellt sich die Frage, ob redaktionelle Doppel spitzen (so auch Niklaus Breder/Thomas Bellut und Wolfgang Kenntemich/Alois Theisen) ein Gewinn sind. Ihre Dramaturgie wirkt immer ein wenig künstlich und schulmeisterlich. Ganz und gar überflüssig und störend wirkte die Vierermoderation mit Illner, Kloppel, Kausch und Christiansen beim Kanzler-Duell.

Wahlspots der Parteien

Eine Stereotype jeder Bundestagswahl sind die Wahlwerbespots der Parteien. Es ist erstaunlich, wie hartnäckig sich diese Form der Wahlwerbung hält, die ihren Ursprung im ZDF-Staatsvertrag von 1961 hat, der den im Bundestag vertretenen Parteien das Recht einräumt, ihre Position in eigener Verantwortung zur Geltung zu bringen. Aus Gründen der Chancengleichheit wird dieses Recht allen zu einer Bundestagswahl zugelassenen Parteien zugestanden. Das führt zu Auseinandersetzungen mit den Anstalten, wie das Beispiel der Anarchistischen Pogo-Partei Deutschlands zeigte. Durch zwei Gerichtsurteile abgesichert, konnte das ZDF die Ausstrahlung dieses Spots mit Gewalt- und Sexszenen verweigern. Nun muss sich auch noch das Bundesverfassungsgericht mit der Rechtmäßigkeit der Urteile befassen.

Es stellt sich die Frage, ob bei dem Überangebot an Darstellungsmöglichkeiten der Parteien Wahlspots in Zukunft überhaupt noch sinnvoll sind? Manche grotesken Bilder und übilen Schlagworte blieben dem Zuschauer damit erspart.

Das Fernsehen, vor allem das öffentlich-rechtliche, aber auch n-tv, hat mit seinen Reportagen, Streitgesprächen und

Dokumentationen zu einer fortlaufenden Transparenz des politischen Geschehens beigetragen. Auch die Nachrichtensendungen der Sender trugen mit aktualisierten Politikerporträts aus dem Wahlkampf und zugespitzten Sachdarstellungen (Steuerlast, Rentenunsicherheit, Arbeitslosigkeit) zur weiteren Aufklärung der Zuschauer bei.

Dabei wurde trotz der Vielzahl der einander widersprechenden Argumente und der nicht immer miteinander vergleichbaren Zahlen klar, um was es bei dieser Wahl ging: Entweder um eine Republik, die durch mehr Eigenverantwortung zu weniger Anspruchsdenken und besseren gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen führt, die dann ihrerseits auch mehr Chancengerechtigkeit und bessere Bildungs-/Ausbildungsmöglichkeiten garantieren kann, oder ein Land, das von vornherein durch eine höhere Besteuerung der Reichen und eine Vermögensumverteilung soziale Gerechtigkeit und Solidarität herbeiführen will? Beide Positionen, denen unterschiedliche Menschen- und Gesellschaftsbilder zugrunde liegen, wurden von Vorwürfen und Verunglimpfungen des politischen Gegners begleitet.

Die Wahl als Richtungsstreit

Der Richtungsstreit war notwendig. Doch je länger der Wahlkampf dauerte, je mehr Sendungen darüber im Fernsehen liefen, desto mehr machten sich in den Herzen der Menschen auch Angst und Sorge breit. Auf einmal war es nicht mehr die abstrakte Reformdebatte, die wegen ihrer als voraussetzunglos empfundenen Schritte und Schnitte von der Mehrheit der Wähler begrüßt wurde, sondern der Beginn eines Umverteilungskampfes, bei dem konkret nachgerechnet wurde, was man gewinnen oder verlieren kann. Denn, ob Steuer-, Arbeitsmarkt-, Renten- oder Gesundheitsreform, der Streit über so genannte „Giftlisten“ zeigte, dass es nicht oh-

ne Kürzungen und Einschnitte in die Leistungssysteme abgehen wird. Der Wahlkampf war bei den Menschen angekommen, und zwar dort, wo es nicht mehr um richtig oder falsch ging, sondern nur noch um die Größe des Schmerzes.

Stimmung des Beharrens

In dieser Phase des Wahlkampfes spielte das Fernsehen – ungewollt und zwangsläufig! – die Rolle des Beschleunigers bereits vorhandener Stimmungen. Aus der Wechselstimmung wurde immer mehr eine Stimmung des Beharrens, die nichts verlieren will. In der Hektik von immer neuen Prognosen, mit Lügenvorwürfen behafteter Zahlen und Behauptungen, blieb der Zuschauer häufig mit den um die Macht ringenden Politikern allein. Die Fernsehmoderatoren beschränkten sich im Wesentlichen darauf, Politikerpositionen zur Geltung zu bringen, sei es, um Neutralität zu wahren, sei es, weil sie im Einzelfall selbst nicht über das ausreichende Wissen zur Richtigstellung von Fakten verfügten. Allein Maybritt Illner zeigte in „Berlin-Mitte“ durchgehend Freundlichkeit und Faktenkenntnis zugleich und bemühte sich, Anwalt der Zuschauer zu sein. Bei diesen breitete sich Ratlosigkeit und Mutlosigkeit aus. Warum im Sinne von Paul Kirchhofs Idee der Freiheit etwas riskieren, wenn man nicht genau weiß, was man mit ihr anfangen soll? Warum einem integeren Professor und erfahrenen Richter vertrauen, wenn schon bald nach seiner Nominierung für das Kompetenzteam von Angela Merkel führende Unionspolitiker seine Berechnungen selbst in Zweifel zu ziehen begannen und schon zu ihm auf Distanz gingen, als Schröder seinen Buhmann („dieser Professor aus Heidelberg!“) noch nicht gefunden hatte? Da war die SPD mit ihrem Kanzler solidarischer, obwohl dort mancher Anlass gehabt hätte, ein Hühnchen mit ihm zu rupfen.

Der Lagerwahlkampf verlagerte sich bei Union und FDP immer mehr ins eigene Lager zurück und nahm ihm damit Kraft und Glaubwürdigkeit. Das Fernsehen war (wie die Printmedien) auch hier Zeuge des Geschehens, und das Objektiv der Kamera holte die Auftritte und Aussagen der Wahlkämpfer in die Wohnstuben, wo sie sich mit des Volkes Ungeduld und Unbehagen verbanden. Eindeutigkeit war zu Beginn der Auflösung des Bundestages gefordert worden, nicht aber Kakophonie.

Es war ein Glück, dass der Wahlkampf kurz war. Nicht auszudenken, es hätte noch mehr Fernsehsendungen gegeben, und die nachmediale Aufbereitung wäre noch weiter gegangen. Zu guter Letzt wären mehr verwirrte denn aufgeklärte Zuschauer übrig geblieben.

Wer eine gefestigte Meinung hat, wird sie sich durch das Fernsehen nicht nehmen lassen. Aber bei Wahlen geht es immer um die Wechselwähler und die zwanzig Prozent der Unentschlossenen. Um sie findet der Kampf statt. Und im „Zusammenspiel“ von politischen Akteuren, Fernsehsendungen, Meinungs-Umfragen und Printmedien bilden sich Wahlentscheidungen heran, die mal als Erdrutsch, Wende oder Götterdämmerung wahrgenommen werden.

Das Wahlergebnis des 18. September war für alle Beteiligten eine Überraschung. Die Elefantenrunde machte deutlich, dass Deutschland in eine schwierige parlamentarische Zeit geht. Nikolaus Brender (ZDF) und Hartmann von der Tann (ARD) arbeiteten am Wahlabend in der „Berliner Runde“ hartnäckig heraus, welche politischen Schritte zu einer regierungsfähigen Mehrheit führen könnten. Den sich in Medienschelte gefallenden und anmaßend auftretenden Bundeskanzler wiesen sie in seine Schranken. Auch hier war das Bild die Botschaft. Aber welche Wirkung wird es haben?